Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 1.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 303 — **Dienstag, den 30. Dezember 1919** — **47. Jahrgang**

Wenn Friede ist - - -

:/: Nach der Lage der Dinge ist der endgültige Friedensschluß nur noch eine Frage von wenig Tagen.

Mit dem Augenblick, wo die Tinte unter diesem Vertrag trocken wird, beginnt für Deutschland wiederum eine neue Zeit — — das Zeitalter des Sklaventums, dessen Dauer heute noch kein Mensch ermessen kann. Was bisher lediglich Gegenstand theoretischer Erörterungen geblieben ist — in diesem Augenblick tritt es uns zum ersten Male in grauser Wirklichkeit entgegen: die Verpflichtung der Vertragserfüllung — — —

Die augenblicklich herrschende Ruhe wird dann mit einem Schlage einer ungeheuren Spannung weichen, die sich von Stunde zu Stunde in eine blutige Katastrophe auswachsen kann.

Gleich zu Anfang wird das Problem der Auslieferung der „Schuldigen" in seiner ganzen Furchtbarkeit sich vor uns aufrichten. Was nützt es uns, daß sich Belgien mit der Bestrafung von zehn bereits näher bezeichneten Persönlichkeiten durch deutsche Gerichte begnügen will! Clemenceau beharrt unerbittlich auf der Auslieferung nach einer von ihm aufgestellten, heute noch unbekannten Liste. — Auch die Bereitwilligkeit des früheren bayerischen Kronprinzen Rupprecht, sich freiwillig zu stellen, wird an der Sachlage nichts ändern, schon deshalb nicht, weil er kaum noch auf der Liste stehen dürfte, weil Frankreich Bayern heute mit dem Zuckerbrot winkt und in die Loslösungsbestrebungen vom Deutschen Reich keine Störung bringen möchte.

Wir stehen vor der unabänderlichen Tatsache, ausliefern zu müssen. — Der in diesem Problem liegende ungeheure Ernst muß vom ganzen Volke begriffen werden.

Vielfach hat man sich daran gewöhnt, nur an eine Auslieferung Wilhelms II. zu denken. Das ist allerdings für Deutschland ein weniger schwieriges Problem, da sich der frühere Kaiser nicht in unserem Machtbereich befindet. Unendlich verhängnisvoller liegt die Sache hinsichtlich der geforderten Auslieferung von Heerführern, U-Bootskommandanten, Staatsmännern und Industriellen, die sich auf deutschem Boden befinden. Laut Friedensvertrag sind wir verpflichtet, diese Männer in die Hände der Entente zu liefern.

Wie wird sich das nun in der Praxis vollziehen?

Die Entente wird uns eine Namensliste überreichen. Alsdann wird die Regierung die namhaft gemachten Persönlichkeiten aufzufordern haben, sich an einem bestimmten Tage an einem bestimmten Ort einzufinden, um sich dann unter Bedeckung an einen Grenzort zu begeben, wo die Uebergabe an die Uebernahmekommission der Entente stattfindet.

Wenn sich nun die aufgeforderten Persönlichkeiten nicht an dem von der Regierung bestimmten Ort einfinden — was geschieht dann? — Ein Teil von ihnen, namentlich die jüngeren U-Bootskommandanten, die ihre Auslieferung befürchten mußten, sind bereits außer Landes gegangen. Mit gutem Gewissen können wir der Entente sagen, daß wir die Flucht nicht verhindern konnten, weil wir ja nicht wußten, wen die Entente fordern wird.

Es bestehen außerdem berechtigte Zweifel darüber, ob sich alle in Frage kommenden Offiziere, Staatsmänner und Industrielle freiwillig bereit erklären werden, sich der Gnade oder Ungnade der Entente überliefern zu lassen. Die Regierung müßte in diesem Falle — das eben ist die Folge der im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtung — versuchen, der betreffenden Persönlichkeiten mit Gewalt habhaft zu werden — —

Wer aber wird dazu seine Hand hergeben — wer soll dies Schergenamt ausüben? Die Polizei wird kaum in der Lage sein, die Reichswehr lehnt es — darüber darf kein Zweifel bestehen — in ihrer überwiegenden Mehrheit ab, der Entente Bütteldienste zu leisten.

Was wird die Folge sein? Widerstand gegen die Verhaftungen — unter Umständen bewaffnete Kämpfe auf deutschem Boden. — Schließlich würde die Entente selbst versuchen, die „Schuldigen" zu holen — und was daraus entsteht, vermag heute noch niemand abzusehen.

Geschehnisse von ungeheuerlicher Tragik liegen im Bereich der Möglichkeit. Nichts schlimmer, als in diesem Augenblick Vogelstraußpolitik zu treiben. Wir müssen uns auf Schlimmes vorbereiten und der grausen Wirklichkeit ins Gesicht sehen, um nicht auf der Höhe der Krisis kraftlos zusammenzubrechen.

Ein neuer Burgfriede?

In einem bemerkenswerten Artikel, der sich in der Einleitung mit den bevorstehenden Wahlen beschäftigt, schreibt die „Kölnische Zeitung":

„Eine bolschewistische Weltrevolution würde den Tod aller Produktion bedeuten, und für den Kommunismus würde nichts übrig bleiben; eine Produktion, die pleite ist, läßt sich auch nicht vergesellschaften, das brächte allen Gesellschaftern die Pleite; die Programme der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei enthalten die Ansätze zu der Möglichkeit, unser Wirtschaftsleben wieder anzukurbeln; ohne die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft lassen sie sich jedoch nicht verwirklichen. Das Bestreben nach der Rückkehr zur Monarchie aber nimmt jene Möglichkeit ins Unabsehbare. Selbst der demokratische Weg zur Monarchie ist verschlossen. Denn was sollte werden? Ein Volkskaisertum, ein Wahlkaisertum, eine Erbmonarchie? Und wer sollte Kaiser der Deutschen sein? Herr Ebert als Stammvater einer neuen Dynastie? Oder ein Sproß eines der alten Herrscherhäuser, und welches? Gegen Hohenzollern würde sich der katholische Süden und Westen, gegen Wittelsbach und Habsburg der protestantische Norden und Osten auflehnen, ganz davon abgesehen, daß der Verband solche Träume wiederaufsteigenden Glanzes im Keim ersticken würde. Da es nun ohne die Parteien nicht geht, so müßte es mit den Parteien gehen; und da gäbe es nur ein Mittel: Ein Kompromiß zwischen Mehrheitssozialisten, Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei mit dem einen Zweck: sofortige Aufnahme der Produktion in allen Erwerbszweigen. Zu dem Ende müßten die Parteien unter Zurückstellung aller Sonderwünsche und unter der Verpflichtung, die Verfassungsgesetze peinlich zu achten, einen neuen Burgfrieden schließen, und da die nationale Erzeugung den Ertrag, der uns nottut, um unter den Auflagen des Friedensvertrages leben zu können, nur dann zu liefern vermag, wenn sie möglichst ungestört in den eingeschulten Formen weiter arbeiten kann, so müßten bis auf weiteres auch alle umwälzenden wirtschaftlichen Experimente ausgeschlossen sein. Ein solches Opfer könnte man von den Parteien fordern, wenn auch jeder einzelne an der Produktion und ihrem Ertrag Beteiligte ein Opfer brächte, wenn Unternehmer wie Angestellte und Arbeiter auf den „Mehrwert" der Produktion, der über die Sicherung der Lebensführung und der notwendigen Produktionsförderung hinausgeht, verzichteten. Das ist die heikle Stelle, an der ein solches Kompromiß sich vermutlich totlaufen und wo Eigennutz und gegenseitiges Mißtrauen es unmöglich machen würden, über den toten Punkt hinwegzukommen. Unüberwindlich aber sind die Schwierigkeiten nicht, wenn hinter dem ernsten Erfassen der wirtschaftlichen Notwendigkeit der gute Wille steht, nur die Förderung der Sache im Auge zu haben und alle Parteizwecke zurückzustellen."

Betriebsräte und Mitbestimmungsrecht.

Innerhalb der Arbeitnehmerschaft ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit der Aufnahme des Mitbestimmungsrechts in den Rahmen des Betriebsrätegesetzes gekommen. Grundsätzliche Anschauungen stehen gegeneinander. Die sozialdemokratisch gerichteten Angestelltenverbände verlangen entschieden die gesetzliche Festlegung des Mitbestimmungsrechts, die christlichen Gewerkschaften lehnen ebenso entschieden seine Aufnahme in das Gesetz ab. Die Mehrheitssozialisten sind gespalten. Ein großer Teil ihrer Presse und ihrer Wortführer, besonders im Industriegebiet, tadelt die sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuß der Nationalversammlung, der das Mitbestimmungsrecht in dem Entwurf fallen ließ, und fordert um jeden Preis die Wiedereinsetzung dieses Rechts. Selbst Stimmen aus dem Lager der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine schließen sich diesem Teil der Rechtssozialisten an. Diese Verhältnisse geben einen Vorgeschmack von den schweren Kämpfen, die in der Nationalversammlung nach dem 13. Januar bei der Erledigung des Betriebsrätegesetzes zu erwarten sind.

Die christlichen Gewerkschaften begründen ihre ablehnende Haltung mit dem Terror der Sozialdemokraten, der durch das gesetzliche Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen gefördert werde. Vor allem die Führer der christlich organisierten Bergarbeiter wehren sich mit Händen und Füßen gegen ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen. „Es wäre Selbstmord, wenn wir anders handeln wollten", erklärten sie heute in ihrem Verbandsblatt, dem Bergknappen. Den Anstoß zu diesem auffallend scharfen Einspruch der Christlichen gab ein Beschluß von Vertrauensmännern der links gerichteten Angestelltenverbände, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Deutschen Werkmeisterverbandes und des Deutschen Fördermaschinistenverbandes. Diese Vertrauensmänner, die behaupteten, daß sie etwa 90 v. H. der technischen Angestellten sämtlicher Schachtanlagen im Ruhrkohlenbergbau vertreten, hatten am 13. Dezember in einer Entschließung gegen den jetzigen Entwurf des Betriebsrätegesetzes erklärt, daß die Angestelltenschaft unter keinen Umständen auf das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, Beförderungen, Kündigungen und Entlassungen verzichte. Dieses Recht sei ebenso wichtig wie die Vertretung im Aufsichtsrat. Die Bergbauangestellten würden auch kein Mittel, selbst das schärfste nicht, verschmähen, um dieses Recht zu erkämpfen. Die Versammlung beschloß noch, ihre Anschauungen dem Reichsarbeitsminister persönlich mit Begründung zu unterbreiten. Dagegen wenden sich die christlichen Führer. Im Bergknappen sagen sie unter anderem:

Hätten die Betriebsräte das Recht, bei Einstellungen mitzuwirken, und könnte ohne ihre Zustimmung kein Arbeiter eingestellt werden, so würden in weiten Bezirken Deutschlands die christlich-organisierten Arbeiter arbeits- und brotlos gemacht werden. Wir haben auf diesem Gebiete im letzten Jahre genügend Erfahrung gesammelt, die sozialdemokratischen Freiheitshelden haben an vielen Stellen die christlichen Arbeiter in der niederträchtigsten Weise bedrückt. Unsre christlichen Gewerkschaften haben manche Zahlstelle verloren, weil die sozialdemokratisch Organisierten die in geringerem Maße vorhandenen Christlichen mit brutalstem Terrorismus zum Uebertritt zwangen. Einen solchen Zustand wollen wir nicht verewigen und nicht gesetzlich sanktionieren. Ja, wenn die Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit Gefühl für Freiheit hätten, wenn sie aus die ehrliche Ueberzeugung andersgesinnter Arbeiter achteten, dann ließe sich ja über diesen Fall reden. Leider aber fehlt es daran. In der Sozialdemokratie herrscht der gleiche Geist, den man bei den preußischen Junkern immer verurteilte. Man will andern die eigene Ueberzeugung aufzwingen. Das können wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen, und deshalb müssen wir verhindern, daß das Betriebsrätegesetz den meist sozialdemokratischen Betriebsräten das Recht gibt, bei der Einstellung in einer Weise mitzuwirken, daß sie andersgesinnte Arbeiter von der Arbeit ausschließen können.

Was die christlichen Gewerkschaften für die Arbeiter befürchten, das würde auch den Beamten und Angestellten drohen. Noch eine Lehre ziehen die christlichen Gewerkschaftsführer aus diesen Vorgängen. Sie sind zu der Auffassung gekommen, daß die sozialdemokratisch gerichteten Verbände der Beamten und Angestellten eine Gefahr nicht nur für die Zukunft des Berufsbildes, sondern auch für die Meinungsfreiheit und die wirtschaftlichen Interessen der christlich gesinnten Arbeitnehmerschaft. Im Bergknappen wird dazu ausgeführt, daß der sozialdemokratischen Bewegung eine starke Bewegung der andersgesinnten Elemente gegenübergestellt werden müsse. Die Möglichkeit sei dazu vorhanden in dem neu gebildeten Deutschen Gewerkschaftsbund, in dem auch eine nichtsozialdemokratische Organisation für die Beamten und Angestellten im Bergbau vorhanden sei.

Was unsere Eingeborenen als Träger leisteten.

Von Gouverneur Dr. H. Schnee.*)

Bei dem Uebertritt auf portugiesisches Gebiet im November 1917 war eine große Zahl von Trägern als Proviantkolonnen mitgenommen worden, welche dazu dienten, für die Truppen und deren Träger Proviant mitzutransportieren. Unter anderem befanden sich einige Pflanzer aus dem Norden mit ihren Pflanzungsarbeitern bei der Truppe, welche seit der Räumung der Nordbezirke Transporte führten. Die Pflanzungsarbeiter leisteten willig die immer schwerer werdenden Trägerdienste und hielten bei ihren Herren aus, nebenbei bemerkt, sicher ein gutes Zeichen für das Verhältnis dieser Pflanzer zu ihren Arbeitern. Im Laufe des Krieges in Portugiesisch-Ostafrika verminderte sich indessen die Zahl der Träger beständig. Eine Anzahl von ihnen mußte als krank und nicht mehr dienstfähig an verschiedenen Orten zusammen mit marschunfähig gewordenen Europäern und Askaris zurückgelassen werden. Andere gingen infolge von Kriegsereignissen verloren, so bei dem Ueberfall am 22. Mai 1918 allein einige Hundert. Auch Desertionen von Trägern fanden verschiedentlich statt. So war es nicht möglich, die Proviantkolonnen in alter Stärke aufrecht zu erhalten. Die Notwendigkeit, beständig über eine Nahrungsmittelreserve zu verfügen, war aber unabweislich. An sich lagen die von Eingeborenen bebauten Flächen Landes im Busch zerstreut, oft durch große Strecken unbewohnten Waldes voneinander getrennt. Dann aber war es wegen der Einkreisungsmanöver des Feindes und bei dem Fehlen von eigenen Magazinen in noch höherem Maße als früher nötig, auch auf längere Zeit unabhängig von der Ergänzung der Verpflegung aus dem Lande durch abseits der Hauptstraßen und Ansiedelungen gelegene Buschstrecken marschieren zu können. Während ursprünglich nur jeder Askari eine für einige Tage bestimmte eiserne Ration mitzuführen hatte, war daher diese allmählich auf alle Farbigen, auch auf die Träger ausgedehnt. Die Höhe des eisernen Bestandes wurde ferner auf die Verpflegung von 15 Tagen ausgedehnt. Die Träger mußten so neben ihrer Last noch 12 Kilogramm des gerade erhaltenen Kornes mitschleppen zu ihrer Ernährung in verpflegungslosen Gebieten. Dieser Bestand mußte bei Erreichen bewohnter Gebiete wieder aufgefüllt werden. Unsere Träger suchten sich natürlich anfänglich dieser ungewohnten bedeutenden Mehrbelastung zu entziehen, sei es, daß sie weniger mitnahmen, sei es, daß sie unterwegs etwas davon „verloren" oder aber, daß sie ihre ursprüngliche Last, soweit dies ging, verminderten. Allmählich begannen sie aber den großen Nutzen dieser „Akiba" (Vorrat) für sich selbst einzusehen, ohne die sie manchmal hungern mußten und waren eifrig bemüht, den Vorrat zu ergänzen, wenn sich eine Gelegenheit dazu bot. Die Leistungsfähigkeit der noch bei uns befindlichen guten Träger aus Deutsch-Ostafrika, in erster Linie Wanjamwezi und Wasumkuma, welche von Anfang an alle Strapazen und Entbehrungen des Krieges ausgehalten hatten, war offenbar sehr gestiegen. Eine ganze Anzahl der Leute hat diesen Verpflegungsbestand ständig neben ihrer vollen Last von 30 Kilogramm getragen auf Märschen, die an Zeitdauer fast immer, an zurückgelegten Strecken oft das sonst für Träger übliche Maß weit überschritten.

Nicht weniger erstaunlich als diese Leistungsfähigkeit unserer Träger war aber die gute Laune, besonders der braven Wanjamwezi, die diese auch unter den ungeheuersten Anstrengungen und bei Hindernissen aller Art zu bewahren wußten. Ich habe es manchmal mit angesehen, wie bei üblen Flußübergängen, bei denen der Uebergang nur mit äußerster Mühe zu bewerkstelligen war, eitel Freude und Jubel herrschte. So wurde es z. B., als ein des Schwimmens unkundiger Mann im ziemlich stark strömenden Wasser, das ihm bis an den Hals ging, trotz eines ausgespannten Leitseiles abgerissen wurde und zu ertrinken drohte, bis ihn ein paar unserer kräftigen Wanyampara (Trägerführer) herausgeholt hatten, von unseren Leuten und von dem Geretteten selbst als ein guter Witz belacht. Bei den unendlich ausgedehnten Märschen, und wenn der Zug immer weiter von der Heimat ab in unbekannte Fernen zu führen schien und der Krieg gar kein Ende zu nehmen drohte, entstand zwar manchmal Kleinmut; sobald aber im Lager die Feuer brannten und etwas Chakula (Essen) da war, war sofort wieder alles vergessen, und die bedrückten Gemüter schnellten wieder empor. Diese Wanjamwezi, aber auch manche andere Stämme, sind ein wunderbares Menschenmaterial, wie es für solche Märsche und Strapazen im afrikanischen Busch nicht besser gedacht werden kann.

Für uns Europäer waren die Märsche infolge der langen Dauer und der unregelmäßigen Verpflegung sehr anstrengend. Die Temperatur war in den tief gelegenen Landesteilen hoch, in den Gebirgsgegenden dagegen gewöhnlich erträglich, morgens und am Spätnachmittag oft kühl und nachts geradezu sehr kalt.

Die Leistungsfähigkeit der Truppe wurde dadurch ungünstig beeinflußt, daß wir einige bösartige Seuchen mit uns schleppten. Sehr viele Farbige wurden trotz wiederholter Impfung von Pocken befallen. Diese Seuche herrschte in einzelnen Teilen Portugiesisch-Ostafrikas unter den Eingeborenen. Die Ansichten unserer Aerzte gingen darüber auseinander, inwieweit es sich bei den zahlreichen Pockenfällen innerhalb der Truppe um echte Pocken oder um Windpocken handelte. Befallen davon wurden nur Farbige. Todesfälle kamen unter den geimpften Truppenangehörigen, einschließlich der alten Träger, nicht vor, dagegen sahen die Pocken oft wie echte Pocken aus und bedeckten bei gleichzeitigem hohen Fieber den ganzen Körper der Befallenen. Ferner trat eine sehr bösartige Lungenentzündungsepidemie auf, an der sowohl einzelne Europäer, wie eine beträchtliche Zahl Askari und Träger starben. Endlich wurde Genickstarre festgestellt, welche die Engländer seiner Zeit aus Britisch-Ostafrika während des Krieges eingeschleppt hatten. Zu uns gelangte die Seuche aller Wahrscheinlichkeit nach durch gefangene englische Askari. Diese Seuche trat in nur vereinzelt tödlich verlaufenden Fällen auf bei Farbigen, sie verschwand jedoch bis zum Ende des Feldzuges nicht völlig. Für unsere Aerzte war es eine ungeheuer schwierige Aufgabe, während der beständigen anstrengenden Märsche die wachsende Zahl Kranker zu versorgen. Auch bereitete die Frage, wie die Ausbreitung der ansteckenden Seuchen verhindert werden könnte, dem Sanitätspersonal, an dessen Spitze als Sanitätsoffizier beim Stabe des Kommandos Stabsarzt Dr. Taute stand, viel Kopfzerbrechen.

Das Transportieren in Hängematten war die einzige Methode, in der unsere Kranken und Verwundeten mitgeschleppt werden konnten. Dabei mußten sich vier oder bei besonders schweren Leuten auch sechs Träger wechselseitig ablösen. Diese Art des Transportes in einer meist wenig bequemen Hängematte, in der man hin- und hergeschleudert wird, ist an sich schon kein Vergnügen. Sehr übel aber war diese Beförderung in der Tropenglut ohne Sonnenschutz und das Hinauf- und Heruntertragen bei steilen Böschungen und Hügeln, bei denen die armen Kranken bisweilen mit dem Kopfe steil nach unten zu liegen kamen, oder endlich bei Flußübergängen oder bei Regenwetter, wobei die Transportierten bisweilen in der das Wasser haltenden Segeltuchunterlage wie in einer Badewanne lagen.

*) Aus dem soeben erschienenen hoch bedeutsamen Werke des letzten Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika: „Deutsch-Ostafrika im Weltkriege. Wie wir lebten und kämpften." (447 Seiten mit 79 Abbildungen auf 6 farbigen und 48 schwarzen Tafeln, sowie 5 Karten. Geh. M. 15.—. In gediegenen Einband nach künstlerischem Entwurf geb. M. 20.— Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig), das deutscher Kulturarbeit ein bleibendes Denkmal setzt.

Ein Maikäferleutnant vor dem Kriegsgericht.

Das Berliner Kommandanturgericht verhandelte gegen Oberleutnant a. D. Hiller vom Maikäferregiment wegen Mißhandlungen Untergebener während des Winterfeldzuges in den Karpathen. Er ist angeklagt, den Füsilier Helmke an einen Baum gebunden, ihn geohrfeigt und durch Fußtritte mißhandelt zu haben. Er habe ihn auch in ein feuchtes Erdloch stecken lassen. Helmke sei an den Folgen dieser Mißhandlung gestorben. Ferner wird Hiller beschuldigt, den Freiwilligen Thomas bei großer Kälte gezwungen zu haben, sich nackt auszuziehen. Einen dritten Soldaten schickte er auf Wache, obwohl er sich krank meldete. Auch diese beiden sind an den Folgen gestorben. Es liegen noch fünf weitere Anklagefälle gegen Hiller vor. Bei seiner Vernehmung erklärte Hiller, daß er sich der Vorfälle, die vier Jahre zurückliegen, nicht mehr klar erinnere. Helmke wurde nicht von ihm geohrfeigt. Wegen Verunreinigungen erhielt Helmke einmal drei Tage Arrest, die, wie es damals üblich war, durch Anbinden an einen Baum vollstreckt wurden. Helmke beschimpfte den Bataillonskommandeur in dessen Gegenwart. Er wurde daraufhin als Untersuchungsgefangener in einen Unterstand, der allerdings aus einem Erdloch mit übergedeckten Tannenzweigen bestand, gesperrt.

Der Hauptbelastungszeuge, Bürodiener Berlin, sagte folgendes aus: Er habe gesehen, wie Hiller dem an einen Baum gebundenen Helmke einen Schlag ins Gesicht versetzte. Berlin habe als Posten vor dem Erdloch, einem Abort, gestanden, in dem Helmke sich befand. Als Helmke schon fast tot um Trinkwasser bat, sei Berlin zu ihm herunter gekommen und habe ihm einen Schneeball an die Lippen gepreßt. Am anderen Morgen habe der Angeklagte sich geäußert: Das Mistvieh verstellt sich nur. Ist er nicht schon krepiert? Versetze ihm doch einen Tritt. Tatsächlich habe der Angeklagte dem Sterbenden noch einen Fußtritt ins Gesäß versetzt. Die Frage eines beisitzenden Kriegsgerichtsrats, warum er nicht sofort Meldung von diesem empörenden Verfahren gemacht habe, beantwortet der Zeuge mit erhobener Stimme: Herr Rat! Das hat damals niemand gewagt!

Zum Falle Helmke bekundete der Angeklagte, er habe, als Helmke als Untersuchungsgefangener in einem Unterstand gesperrt worden sei, nicht absichtlich ein schlechtes Loch ausgesucht. Es sei nicht so kalt gewesen und meist sei das Anbinden mittags erfolgt. Zwei Stunden Anbindens könnten somit keine Gesundheitsschädigung darstellen. Von einer Erkrankung Helmkes vor dessen Tode wisse er nichts. Der kommissarisch vorgenommene frühere Regimentskommandeur des Angeklagten Oberst Graf von der Schulenburg gab zu Protokoll, daß er dem Angeklagten dienstlich das beste Zeugnis ausstellen könne. Vorkommnissen irgendwelchen Mißhandlungen oder Mißbrauch der Dienstgewalt seitens des Oberleutnants Hiller kam ihm bis zum Falle des Füsilier nichts zur Kenntnis. Es lief auch niemals eine Beschwerde bei ihm ein. Lonnitz, der frühere Adjutant des 3. Bataillons des Garde-Füsilier Regiments sagte aus, er sei überzeugt, daß Hiller stets streng nach den Bestimmungen des Bataillonsbefehls handelte, wonach jeder Arrestant vor der Strafverbüßung dem Bataillonsarzt zur Untersuchung vorgeführt werden müßte. Helmke sei wahrscheinlich an der Seuche gestorben, die damals so viele Opfer forderte.

Gegen 7 Uhr wurde gestern abend das Urteil verkündet. Es lautet: Der Angeklagte hat sich der Mißhandlung Untergebener in zwei Fällen schuldig gemacht und zwar im Falle des Unteroffiziers Selle und im Falle des Gardefüsiliers Reinhold Müller. Im ersten Falle wurde auf eine Strafe von 43 Tagen Festung, im zweiten Falle auf acht Tage Stubenarrest erkannt. Diese beiden Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von 7 Wochen Festungshaft zusammengezogen. In den Fällen Helmke, Thomas und Student Müller erfolgte Freisprechung. Die übrigen in der Anklage enthaltenen Fälle sind durch die Amnestie als erledigt zu betrachten.

Folgen des Kohlenmangels.

Die wegen Kohlenmangels notwendige Einstellung des gesamten Straßenbahnverkehrs in Hannover hat große Erregung hervorgerufen. Gestern vormittag zogen etwa 6000 Beamte und Arbeiter der Straßenbahn vor das Amtszimmer des Kohlenkommissars, holten den Kommissar, Bergrat Schlösser, heraus und führten ihn vor das Direktionsgebäude der Straßenbahn, um ihn dem Direktor Battes gegenüberzustellen. Da mehrere Fabriken infolge des Kohlenmangels ebenfalls stillstehen, ist die Gefahr groß. Hunderte von Arbeitern konnten wegen der Schneefälle und der Einstellung des Straßenbahnverkehrs ihre Arbeitsstätten nicht erreichen.

In Stettin mußte infolge Kohlenmangels die Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik von Bernhard Stoewer A.-G., die mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt, ihren Betrieb abermals einstellen, und die Pommersche Provinzial-Zuckersiederei mußte ihre Arbeiter wegen des Kohlenmangels entlassen.

Bekämpfung der Eisenbahndiebstähle.

Nachdem die Ersatzleistungen der Eisenbahn für 1919 auf rund 130 Mil. Mark angeschwollen sind, erläßt die Eisenbahndirektion Essen jetzt folgenden, überaus bezeichnenden Notruf an ihre Beamten- und Arbeiterschaft:

„Die Ersatzleistungen für verlorene, verdorbene und beschädigte Transportgegenstände haben eine gewaltige Höhe erreicht. Dieser Verlust entfällt zum erheblichen Teil auf Eisenbahndiebstähle. Weitaus größer als der Geld- und Sachschaden ist aber die Gefahr der fortschreitenden Zerrüttung der Moral in weiten Kreisen der Eisenbahnbediensteten, die das Ansehen der Eisenbahnverwaltung und ihrer Bediensteten schwer geschädigt hat. Es ist ein unabweisbares Gebot, diesen unerhörten Mißständen mit aller Schärfe entgegenzutreten. Wir rufen daher die gesamte treue, ehrliche Eisenbahnerschaft hiermit auf, uns in der Bekämpfung dieses Uebels tatkräftig zu unterstützen. Anderseits machen wir im Auftrage des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten allen Bediensteten zur Warnung bekannt, daß Bedienstete, die der Beteiligung an Diebstählen, Schiebungen und Bestechungen überführt sind, unter Ausschluß mildernder Umstände und ohne Rücksicht auf den Wert des entwendeten oder verschobenen Gutes oder die Höhe der Bestechungsgelder unter Beachtung der Bestimmungen des Beamtenrechts oder des Arbeitsvertrags aus dem Eisenbahndienst entfernt und von der Wiedereinstellung in den Eisenbahndienst für alle Zeiten ausgeschlossen werden. Diese Bestimmung wird vom 1. Januar n. J. in ihrer vollen Schärfe Anwendung finden."

Kommunistischer Gewerkschaftsbund.

In Berlin trat der 12. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und der ihnen angeschlossenen Vereine zusammen, um den Zusammenschluß zu einer freien Arbeiterunion Deutschlands zu vollziehen. Nach erfolgter Zusammensetzung des Büros, als dessen Vorsitzende Nerwig-Köln und Barwich Berlin gewählt wurden, wurde folgende Entschließung angenommen: „Der 12. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erklärt sich solidarisch mit dem revolutionären Proletariat der russischen Sowjetrepublik in seinem Kampf gegen die konterrevolutionäre Erhebung der bürgerlichen Reaktion, insbesondere protestiert der Kongreß aufs schärfste gegen alle Maßnahmen Deutschlands und der anderen Staaten, welche eine Einwirkung auf die inneren Verhältnisse der Sowjetrepublik bewirken, oder deren Bekämpfung von außen zum Ziele haben. Der Kongreß fordert das deutsche und internationale Proletariat auf, alle gegen Sowjetrußland gerichteten Aktionen energisch zu bekämpfen." — Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der das deutsche Proletariat aufgefordert wird, den Kampf für Senkung der Lebensmittelpreise usw. mit allen gegebenen Mitteln der direkten Aktion aufzunehmen. — Der im Ausland bekannte syndikalistische Agitator Rocher sprach über den Syndikalismus. Die alte deutsche Arbeiterbewegung, so erklärte er, müsse untergehen. Der Syndikalismus ist heute noch in der Minderheit, aber die Zeit der negativen Arbeit sei vorüber. In Italien stehe durch das Einwirken Malatestas die Revolution unmittelbar bevor. In Spanien tobe der Generalstreik und in den skandinavischen Ländern und in Amerika wachse die radikale Bewegung von Tag zu Tag.

Tagesereignisse.

— **(Bei der Arbeit.)** Die Reichsregierung hat die Beratungen über den Text der Antwort auf die letzte Verbandsnote sofort aufgenommen. Die Fertigstellung der deutschen Note dürfte jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

— **(Die Privatbriefe Kaiser Wilhelms.)** Bei der vom Pariser „Journal" angekündigten Veröffentlichung des privaten Briefwechsels Wilhelms II. mit dem früheren russischen Zaren handelt es sich um 72 Briefe und zwei Entwürfe von Geheimverträgen. Die angeblichen Briefe sind in englischer Sprache gehalten und sollen kurz nach der russischen Revolution mit Erlaubnis Lenins von einem amerikanischen Journalisten photographiert worden sein.

— **(Erzberger über die Abtragung der Milliardenschulden.)** Der „Newyork american" veröffentlicht eine Unterredung Karl v. Wiegands mit Erzberger. Der Finanzminister erklärte, Deutschland sei imstande und bereit, innerhalb eines Jahres zwanzig Milliarden zu zahlen. Dieser Betrag setze sich aus den verschiedenen Waren und Materialien, dem Eisenbahn- und Ackerbaumaterial zusammen, das Deutschland ausliefern muß. Außerdem werde Deutschland Steinkohlen, Benzol und andere chemische Präparate liefern. Auf die Frage, wieviel Papiergeld in Deutschland umlaufe, antwortete der Minister: 34 Milliarden. Die Frage, wieviel neues Papiergeld täglich hinzukomme, blieb unbeantwortet.

— **(Der Gerichtsvollzieher bei Dr. Helfferich.)** Wie dem „Berl. Tagebl." mitgeteilt wird, hat das Gericht gestern in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich eine Pfändung vornehmen lassen, um die über ihn vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß verhängte Geldstrafe von 300 Mk. sicherzustellen, die er zu zahlen sich geweigert hatte. — (Das „Berl. Tagebl." gibt diese Mitteilung nur unter Vorbehalt wieder.)

— **Für das Reichswahlgesetz** sind, wie die „Voss. Ztg." hört, die Referentenentwürfe fertiggestellt und ihre Veröffentlichung steht unmittelbar bevor. Die Entwürfe stimmen darin überein, daß auf je 60 000 Stimmen ein Mandat entfällt. Ueber die Zurechnung der Reststimmen, die entweder einheitlich für das ganze Reich oder nach Provinzen erfolgen soll, gehen die Entwürfe auseinander.

— **(Verhandlungen zwischen Kirche und Staat.)** Der Apostolische Nuntius in München, Monsignore Parcelli, ist gestern morgen in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung und der preußischen Landesregierung Verhandlungen über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen der Kirche und dem Staat einzuleiten. Parcelli begibt sich voraussichtlich von Berlin nach Köln, um mit dem dortigen Domkapitel in der Frage der Nachfolgerschaft des verstorbenen Kardinals Hartmann Fühlung zu nehmen.

— **(Die weiteren Steuerpläne.)** Wie die Berliner Pol. Nachrichten erfahren, beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen, nach Wiederzusammentritt der Nationalversammlung Näheres über die weiteren Steuerpläne mitzuteilen. Aus der Reihe der Projekte, die Gegenstand der Erörterung waren, sei die Betriebsgewinnsteuer ausgeschieden. Der als Ergänzung zum Reichseinkommensteuergesetzentwurf gedachte Gesetzentwurf über die Aufwandsbesteuerung sei nahezu fertiggestellt. Von einer gewissen Einkommensgrenze ab soll der übermäßige Aufwand, durch den eine Kapitalsbildung verhindert werde, mit einer über die Besteuerung des Vermögenszuwachses nach dem Besitzsteuergesetz hinausgehenden besonderen Steuer belegt werden.

— **(Bayern und die Bergarbeiter der Westpfalz.)** Im bayerischen Landtage wurde den Bergarbeitern der Westpfalz, die nach der Ratifizierung des Friedensvertrages zum Saargebiet geschlagen und unter die französische Oberhoheit gestellt wird, ein Abschiedsgruß gewidmet und der Wunsch vom ganzen Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen, daß, was auch kommen möge, die Scheidenden gut bayerisch und treu deutsch bleiben würden, um nach Ablauf der 15 Jahre geschlossen zum Vaterlande zurückzukehren.

— **(Der Saarstaat — Zollausland.)** Amtlich wird berichtet, daß nach der Ratifikation des Friedensvertrages die für den französischen Zolldienst bestimmten Eisenbahnstationen ihre Tätigkeit aufnehmen. Das sind Mettlach für den gesamten Personen- und Gepäckverkehr und Merzig für den gesamten Güterverkehr. Da der Saarstaat vom Tage der Ratifikation an in eine Zollunion mit Frankreich eingetreten sein wird, ist dieser Staat im Verhältnis zu Deutschland als Zollausland zu betrachten.

— **(Drohender Generalstreik für ganz Elsaß-Lothringen.)** Wie die „Baseler Nationalzeitung" aus Mülhausen erfährt, sind die Trambahnangestellten jetzt plötzlich in den Ausstand getreten. Ferner hat das gesamte Buchdruckergewerbe im Elsaß einen neuen Lohntarif für 1920 vorgelegt. Es ist zu befürchten, daß die Verhandlungen mit einem Generalstreik für ganz Elsaß-Lothringen endigen werden.

— **Silberschmuggel mit deutschem Geld im Elsaß.** Im Hauptbahnhof Straßburg wurden vor wenigen Tagen zehn Kisten mit deutschem Silbergeld beschlagnahmt, die an einen Pariser Juwelier adressiert waren. Kurz zuvor waren bei einem Straßburger Kaufmann für 60 000 Mark deutsches Silbergeld gefunden. In beiden Fällen handelte es sich um geschmuggeltes Silbergeld.

— **(Unter der Franzosen-Herrschaft!)** Die neue rheinische Korrespondenz meldet: Am Heiligen Abend gegen ½8 Uhr trafen 5 anscheinend betrunkene Franzosen in unserem augenblicklich unbesetzten Städtchen Kronberg ein, kehrten in die Wirtschaft Neuhaus ein, belästigten den Wirt und die Gäste, trieben diese schließlich aus dem Lokal und machten mit blanker Waffe Jagd durch die Straßen der Stadt. Zur Wirtschaft zurückgekehrt, fanden die Franzosen diese verschlossen. Sie stiegen über den Staketzaun, erbrachen die Hoftür und drangen durch diese gewaltsam ein. Der Wirt rief um Hilfe, aber die Polizei getraute sich nicht herbei. Als die Hilferufe immer flehender wurden, geriet die angesammelte Volksmenge in Empörung. Eine Anzahl beherzter Männer brachte die wie wild sich gebärdenden Franzosen auf die Straße hinaus, worauf sie abzogen. Am nächsten Feiertag erschien eine Kommission französischer Offiziere und ließ 5 angesehene Kronberger Bürger festnehmen und wie Schwerverbrecher gefesselt nach Königstein abführen. Andere Kronberger Bürger, deren Namen zwei deutsche Denunzianten verraten hatten, entgingen der Verhaftung nur durch die Flucht.

— **(Die Oberbürgermeisterwahl in Gotha.)** Bei der Oberbürgermeisterwahl in Gotha erhielten der Erste Bürgermeister Scheffler-Sagan, Kandidat der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialisten, 11 168 und Geyer-Köln, Kandidat der Unabhängigen, 5953 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent.

— **Ein neuzeitliches Sittenbild.** Die Wärter der Universitätskinderklinik in München haben dem Ministerium für soziale Fürsorge in einer Eingabe mitgeteilt, daß sie sich weigern, künftig die Kinder von ihren Betten im Wagen zum Operationssaal und von dort zurück in die Betten zu verbringen. Das sei unter ihrer Würde (!). Es müsse ein besonderes Personal dafür angestellt werden. Das sozialdemokratisch geleitete Ministerium für soziale (!) Fürsorge hat daraufhin der Klinik mitgeteilt, die Wärter könnten nicht zu dieser Dienstleistung angehalten werden, und blieb dabei bestehen, die Klinik müsse eben ein geeignetes Wärterpersonal für diese Dienstleistung suchen. Vergebens erinnerten die Aerzte das Ministerium an dessen sozialen Charakter mit dem Hinzufügen, daß sie selbst oft genug schon die Kinder auf ihren Armen zur Operation und zurück getragen hätten. Es blieb bei dem Bescheid dieses Fürsorgeministeriums.

— **Die Denikinsche Freiwilligenarmee** hat bei der Station Prosburow 24 Eisenbahnwagen erbeutet, die den ganzen Staatsschatz Petluras und das Staatsvermögen der ukrainischen Staatsbank enthielten. Nach Schätzungen stellen die beschlagnahmten Vorräte an Gold, Silber und Banknoten einen ungefähren Wert von mehreren Millionen Rubeln dar. Nachrichten aus Irkutsk besagen, daß der Irkutsker Bahnhof von revolutionären Sozialisten besetzt wurde.

— **Der Prozeß gegen die Zarenmörder.** Der „Matin" veröffentlicht folgende Einzelheiten von dem Prozeß gegen die Mörder des Zaren und seiner Familienangehörigen vor dem Gericht in Perm. Nach den Aufzeichnungen von Jakhontoff, der die Erschießung in Jekaterinenburg befahl, waren die letzten Worte, welche Nikolaus der Zweite vor seinem Tode noch hervorstieß: „Das Volk wird die Bolschewisten für meinen Tod verfluchen." Im ganzen wurden von den Bolschewisten 11 Personen erschossen: der Zar, die Kaiserin Alexandra, deren drei Töchter Alexandra, Maria, Anastasia, und die Personen seiner Umgebung. Das Permer Gericht verurteilte alle Schuldigen am Morde des Zaren: drei ehemalige Mitglieder des Sowjets von Jekaterinenburg, ferner zwei Frauen und drei Soldaten der Roten Garde zum Tode des Erschießens. Einige andere Angeklagte wurden freigesprochen. Das Urteil wurde bereits am folgenden Tage vollstreckt.

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

55. Fortsetzung.

Möchte sie sehen, wie sie mit Walter glücklich wurde, wenn sie seine Frau aus freier Wahl wurde. Er hatte nun mit dieser Angelegenheit nichts mehr zu tun. Gottlob reiste er bald nach Chikago und die Reise würde ihn zerstreuen und ablenken. Wenn er dann nach Wochen wiederkam, dann gab es Arbeit, viel Arbeit für ihn und er wollte in dieser Arbeit Trost suchen für die Enttäuschung seines Herzens. Eine Weile war es still gewesen zwischen den Vettern. Nun richtete sich Hans hastig auf.

„In diesem Falle ist also mein Anliegen an dich erledigt. Wenn Fräulein von Goseck deine Frau wird, ist ja in pekuniärer Weise genügend für sie gesorgt."

„Sehr richtig. Du brauchst dir keine Sorge darüber zu machen. Ich werde diese Angelegenheit so bald als möglich ordnen. Wenn auch jetzt nicht gleich die offizielle Verlobung stattfinden kann — man muß ja wenigstens ein Vierteljahr der Trauer wegen bestreichen lassen — so werde ich doch meine Werbung schon in allernächster Zeit anbringen."

Hans neigte das Haupt.

„So habe ich nichts mehr zu sagen. Ich will mich gleich jetzt von dir verabschieden. Leb wohl — und sei glücklich — wenn du kannst."

Walters Gesicht zuckte beängstigend.

„Leb wohl Hans — und Rainsberg steht immer offen. Vergiß nicht, daß es nur Wille ist, der zwischen uns eine Schranke hat", sagte er heiser.

„Es ist besser so — diese Schranke ist nötig zwischen uns. Leb wohl!"

Damit neigte Hans das Haupt und ging schnell hinaus.

Walter sprang auf und sah ihm mit vorgebeugtem Körper nach. Seine Hände umkrampften die Stuhllehne.

„Wissen kann er nichts — nichts — er kann nur ahnen — vermuten", knirschte er zwischen den Zähnen hervor.

Und in seinen Augen glühte es wieder unheimlich. Ein Knacken im Holz der Möbel ließ ihn dann plötzlich zusammenzucken. Erschrocken richtete er sich auf und sah scheu um sich, als fürchte er sich, daß jemand hinter ihm stehe.

Unruhig lief er auf und ab in dem großen Raum. Dann hörte er draußen den Wagen vorfahren. Er trat an das Fenster. Im hellen Licht der elektrischen Vogenlampen, vor dem Schloßportal, sah er Hans einsteigen. Mit einem langen Blick sah er am Schloß empor, als nähme er Abschied für alle Zeit. Dann fuhr das Auto davon um Hans nach der Stadt zu bringen.

Walter sah dem Wagen mit funkelnden Augen nach.

„Er wird schweigen, selbst wenn er weiß. Er wird den Namen Rainsberg nicht an den Pranger stellen — er nicht. So weit kenne ich ihn — er ist ein Phantast — ein Schwärmer — ein Idealist."

So dachte er und er atmete wie befreit auf, daß Hans nun aus dem Hause war. Aber als er sich wieder ins Zimmer wandte, schauerte er in sich zusammen, trotzdem das Zimmer fast überheizt war. Und er schaltete alle Lampen ein, daß kein dunkles Eckchen im Zimmer blieb. Er ließ sich wieder vor dem Schreibtisch wie er, aber es kam keine Ruhe und kein Behagen über ihn. Immer hatte er das Gefühl, daß irgend etwas Drohendes, Furchtbares hinter ihm stehe.

Schließlich klingelte er hastig und befahl dem eintretenden Diener, Frau Reinhard zu ihm zu bitten.

Die Hausdame erschien sogleich.

„Sie wünschen, Herr von Rainsberg?"

Walter strich sich über die Stirn und sah sie an, als habe er schon wieder vergessen, weshalb er sie hatte rufen lassen. Aber dann fiel es ihm wieder ein.

„Ich möchte Sie bitten, Frau Reinhard, mir drüben in dem unbewohnten Westflügel des Schlosses eine Reihe von Zimmern in Ordnung bringen zu lassen."

„Sie wünschen nicht die Zimmer des hochseligen, gnädigen Herrn zu bewohnen?" fragte sie erstaunt, weil diese Zimmer doch entschieden die schönsten und prächtigsten waren.

„Nein, die Zimmer meines Onkels will ich pietätvoll in dem Zustand belassen, wie er sie verlassen hat. Sie sollen verschlossen werden, sobald ich seinen Schreibtisch nach wichtigen Papieren und Büchern durchgesehen habe. Die lassen Sie mir dann alle hinüberschicken, wenn drüben alles instand ist. Ich werde inzwischen wie bisher die Gastzimmer benutzen, bis die Räume für mich fertig sind."

„Das kann bis morgen Abend alles in Ordnung sein, Herr von Rainsberg. Die Zimmer sind ja alle tadellos instande und brauchen nur gelüftet und geheizt zu werden."

„Umso besser. Aber lassen Sie gut heizen und die elektrischen Anlagen nachsehen, damit alle Beleuchtungskörper tadellos funktionieren. Ich will Licht haben — viel Licht."

„Es soll alles nach Ihren Wünschen geschehen, Herr von Rainsberg", sagte die Hausdame und dann wurde sie entlassen.

Frau Reinhard war nicht unzufrieden mit dem Stand der Dinge. Der verstorbene Majoratsherr hatte ihr ein anständiges Legat hinterlassen. Vorläufig wollte sie nun ruhig auf ihrem Posten bleiben, da eine Herrin wohl jetzt noch nicht einzog. Verheiratete sich der neue Majoratsherr eines Tages, dann erhielt sie wohl auch von ihm noch eine kleine Abfindungssumme, wenn sie entlassen wurde. So konnte sie ihre Verhältnisse noch aufbessern und noch etwas mehr für ihre Ruhetage zurücklegen.

Befriedigt ging sie, um die nötigen Anordnungen zu treffen.

Am andern Abend bezog Walter also die neuen Zimmer im Westflügel, die möglichst weit von den Zimmern seines Onkels entfernt lagen. Und diese Zimmer ließ er sorgfältig abschließen. Die Schlüssel nahm er selbst in Verwahrung. Keine der Türen sollte ohne seine Erlaubnis geöffnet werden.

Aber eine große Beruhigung kam trotzdem nicht über ihn. Er fühlte sich nicht behaglich, trotzdem die neuen Räume ebenfalls sehr schön und vornehm ausgestattet waren und trotzdem für Licht und Wärme ausgiebig gesorgt war. Eine nervöse Unruhe trieb ihn rastlos hin und her.

„Es ist nur die Sehnsucht nach Ruth. Wenn sie erst hier bei mir weilt, wird alles besser sein. Dann werde ich alles — alles vergessen im glücklichen Bewußtsein ihres Besitzes. Sie muß bald, sehr bald nach Rainsberg kommen", dachte er. Und einige Tage nach seinem Majoratsantritt fuhr er dann nach Hainau hinüber, um Ruth wieder zu sehen. Er hoffte schon heute seinem Ziel einige Schritte näher zu kommen. Auf alle Fälle wollte er Ruth Andeutungen machen, daß Sie trotz des Onkels Tod Majoratsherrin von Rainsberg werden sollte. Und er zweifelte keinen Augenblick, daß sie darüber beglückt sein würde.

„Sie wird sehr unglücklich und verzagt sein, daß der Onkel vor der offiziellen Verlobung starb u. mit Freuden meinen Antrag annehmen, er sie für alles Verlorene entschädigt", dachte er.

So fuhr er in erwartungsvoller Unruhe nach Hainau.

(Fortsetzung folgt.)

An die Leser!

Die sprunghafte Steigerung der Herstellungskosten der Tageszeitungen ist in ein Stadium getreten, das sich zu einer Krise für das Deutsche Zeitungsgewerbe auswachsen kann.

Um die große Mehrausgabe wenigstens einigermaßen ausgleichen zu können, haben sich fast alle Zeitungen Deutschlands zu einer Erhöhung der Bezugspreise entschließen müssen.

Auch die Zeitungsverlage vom Niederrhein und Westfalen sehen sich zum 1. Januar 1920 gezwungen, ihre Bezugspreise heraufzusetzen.

Der unterzeichnete Zeitungsverlegerverein glaubt jedoch der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß die Leser dieser Maßnahme das nötige Verständnis entgegenbringen und ihrer Zeitung die alte Treue bewahren werden.

Niederrheinisch-westfälischer Zeitungs-Verleger-Verein.

—⊙—

Im Anschluß an die vorstehende Bekanntmachung teilen wir mit, daß auch wir mit dem 1. Januar 1920 den Preis unserer Zeitung

um 95 Pfg. monatlich

erhöhen müssen.

Verlag der Kamener Zeitung.

Westfalen u. Rheinland.

Schreib, wenn nötig, bald und sorgfältig.

Von Bürgermeister i. R. Oehl in Halle a. S.

Kamen, 30. Dez. „Nur nicht schreiben!" hat ein berühmter Feldherr des 30jährigen Krieges gesagt. So denken und handeln noch viele Leute in der Gegenwart. Ein Recht darauf haben nur diejenigen, die bei den hohen Kosten für Schreibmaterialien und Porto scharf rechnen müssen. Manche Leute, die öfter gezwungen sind oder Veranlassung haben, zu schreiben, bekommen schon Beängstigungen, wenn sie an Erledigung einer kleinen, schriftlichen Arbeit, einer Auskunft, einer Nachricht, erinnert werden. Ist dann wirklich ein Freistündchen zum Schreiben gekommen, Papier zurechtgelegt, die Feder bereits in die Tinte getaucht, dann fehlt es am rechten Gedanken, am richtigen Anfange. Man beginnt unruhig zu werden, am Federhalter zu kauen und nur zu bald werden die notwendigen Hilfsmittel zum Schreiben fein säuberlich beiseite gelegt. Dann heißt es: Heute nicht, vielleicht morgen; aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Das sind die Schreibfaulen. Schlimmer noch sind die Leute, die vor langer Weile nichts Rechtes zu tun haben und anzufangen wissen, oder solche, die „gar keine Zeit" zum Schreiben haben, höchstens für — Ansichtskarten. Nur darin sind sie imstande, Eifer zu entwickeln, Geld auszugeben. Sie lassen auch die wichtigsten Dinge unerledigt, vergessen oder verlegen Anfragen, Briefe und Aufträge, ist der Ernst einer Angelegenheit ihnen Unannehmlichkeiten, Verluste oder Schaden bereiten haben. Muß dann über Hals oder Kopf doch geschrieben werden, so geschieht es flüchtig, unvollständig, vielfach zum großen Nachteil, der rechte Augenblick ist eben verpaßt. Zur Unterstützung des Gedächtnisses beim Schreiben wird es ratsam sein, sich Anfragen, Briefe u. a. m. zur Hand zu legen oder nach kurzen Bemerkungen zu schreiben. Und wie leicht ist es doch bei einigem guten Willen und einem gewissen Aufraffen, Nachricht zu geben, ein Briefchen zu verfassen, selbst ein größeres Schriftstück anzufertigen. Wer sich kurz auszudrücken versteht und bald ohne Umschweife beginnt, sofort auf die Sache selbst eingeht und nicht erst Entschuldigungen verschiedener Art vorträgt, hat schon halb gewonnen, kommt schnell zum Ziel. Allgemeine Redensarten müssen vermieden, Mitteilungen, die nicht interessieren, weggelassen werden; Knappheit im Ausdruck ist Würze. Man darf beim Schreiben auch nicht gar zu ängstlich sein bei der Satzbildung u. a. m. Selbst Fehlerchen werden verziehen, wenn nur geschrieben wird. In vielen Fällen des Alltagslebens wird auch kein formvollendetes Schriftstück verlangt. Dagegen halte man auf leserliche Schrift; gute Handschrift wirkt empfehlend. Zur Herstellung schwer leserlicher Worte wird fast dieselbe Zeit gebraucht, wie für gute Schrift. Schlecht Geschriebenes kann verletzend wirken. Der Name muß vor allem deutlich geschrieben werden. Leider wird hierauf namentlich in den sogenannten besseren Kreisen zu wenig Wert gelegt. Selbst die Schulen vor allem die höheren, lassen es hierin nicht selten an Anleitung und Zurechtweisung fehlen. Größte Sauberkeit bei Abfassung von Schriftsätzen, Briefen und Karten sollte selbstverständlich sein. Ausstreichen, Radieren oder gar Fettflecke mache ein Schriftstück häßlich. Leider bleibt darum hier manches zu wünschen übrig. Zu Briefen wähle man den Verhältnissen entsprechendes Papier, doch ohne Wohlgeruch, der vielfach nicht jedermanns Geschmack ist und nur zu leicht an „Damen" erinnert. Vieles Wichtige, was der Feder oder dem Stift anvertraut wird, muß wohl überlegt, erwogen werden. Es kommt vor, daß Nachrichten vertraulicher Art in unrechte Hände gelangen und dann Unannehmlichkeiten bringen oder Schaden anrichten können. Die gegenwärtigen Verhältnisse haben auch das Schreiben verteuert. Papier, Feder, Tinte und Postgebühren sind gegen früher erheblich im Preise gestiegen, deshalb ist auch beim Schreiben Sparsamkeit angebracht. Die einfache, wenig wichtige Nachrichten wird vielfach eine Postkarte genügen, für geschlossene Nachrichten kann zumeist wohl ein halber Bogen genügen, doch hüte man sich vor zu kleine Schrift. Schriftstücke aller Art sollen gut einführend wirken, schon beim Anblick den Empfänger angenehm berühren.

Kamen. (Knappschaftliches.) Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Januar 1920 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Januar	Beginn der für Witwen und Waisen	Auszahlung für Berginvaliden, Reichs- und Zulagsrentner
Bergkamen .	Schürmann	8	2 Uhr	2½ Uhr
Heeren . .	Maaß	8	2 „	2½ „
Kamen . .	Ww. Goertz	3	2½ „	3 „
Kaiserau . .	Ketter	7	2 „	2½ „
Kurl . . .	Lünenburger	5	2 „	2½ „
Lünern	Stoltefuß	5	3 „	3¼ „
Massen . .	Cromberg	2	2½ „	3 „
Methler . .	Budde	7	2 „	2½ „
Unna I . .	Wittler	9	3 „	3½ „
Unna II	Nowack	9	2½ „	3 „
Unna-Königsborn	Rehfuß	2	2 „	2½ „
Werne . . Bez. Münst.	Wwe. Tecklenborg	3	2½ „	3 „
Werne I .	Fr. Kersten	2	3 „	3½ „
Werne II .	Fr. Kersten	3	3 „	3½ „
Brackel .	Meierling	12	3 „	3½ „

Kamen, 30. Dez. (Verschiedenes.) Dem Hauptarbeitsnachweis zu Dortmund wurde als stellvertretendes Mitglied für das Landesberufsamt für die Provinz Westfalen usw. Herr E. W. Schulte von der Dortmunder Handelskammer in Vorschlag gebracht. Das städtische Berufsamt, Abteilung Lehrstellenvermittlung zu Dortmund, bittet um Unterstützung bei der Beschaffung von geeigneten Lehrstellen und macht darauf aufmerksam, daß es voraussichtlich im kommenden Frühjahr in der Lage sein werde, eine Anzahl Knaben als Lehrlinge in kaufmännischen Betrieben unterbringen zu können.

(Eröffnung der städt. Volkshochschule.) Die Volkshochschule wird bestimmt am Montag, den 5. Januar, eröffnet werden. Aus diesem Anlaß findet dann eine schlichte Feier statt, über die das Nähere noch mitgeteilt wird. Da Teilnehmerkarten an den bekannten Stellen in genügender Zahl vorhanden sind, so werden alle, die sich für die einzelnen Kurse und Vortragsreihen eingezeichnet haben, gebeten, möglichst bald die Karten gegen Entrichtung der festgesetzten Gebühren in Empfang zu nehmen. Neuanmeldungen können noch bis zum 3. n. Mts. erfolgen.

(Evangelische Gemeinde.) Um allen Gemeindegliedern den Besuch des Silvestergottesdienstes zu ermöglichen, findet am Mittwoch der Silvestergottesdienst in der Lutherkirche bereits um 6 Uhr und in der Pauluskirche um 8 Uhr abends statt.

Am Neujahrstage beginnen die Gottesdienste in beiden Kirchen um 10 Uhr. Außerdem findet an diesem Tage um 10 Uhr auch in Lerche Gottesdienst statt.

(Vorläufig keine Sechsstundenschicht im Bergbau.) In einer Konferenz, die der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes mit den Zechenbeiräten des Ruhrbezirkes in der Frage der Sechsstundenschicht abhielt, wurde zwar allgemein deren baldige Einführung gewünscht, aber betont, der gegenwärtige Zeitpunkt sei wegen der ungeheuren Kohlennot und der dadurch verursachten großen Betriebseinstellungen für die Schichtverkürzung außerordentlich ungünstig. — Mit 69 gegen 10 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, daß die Verkürzung der Untertageschicht im Bergbau auf 6 Stunden durch internationale Vereinbarung herbeigeführt werden müsse, ferner, daß bei den bevorstehenden neuen Tarifverhandlungen mit Rücksicht auf die starke Verteuerung der Lebensmittel eine erhebliche Verbesserung des Bergarbeitereinkommens zu fordern sei.

(Vom neuen Umsatzsteuergesetz.) In Fabrikanten- und Kaufmannskreisen ist vielfach die Auffassung vertreten, daß die Zahlungen bei Leistungen des alten Jahres noch vor dem 1. Januar 1920 erfolgt sein müssen, um sie noch der alten Umsatzsteuer zu unterwerfen. Das ist irrtümlich. Das neue Umsatzsteuergesetz findet nur dann Anwendung, wenn sowohl die Lieferung oder Leistung als auch die Vereinnahmung zusammen im neuen Jahr erfolgt. Ist die Lieferung noch im alten Jahr erfolgt, die Leistung insbesondere die Zahlung erfolgt aber erst im neuen Jahr, so war das Geschäft nach der alten Steuer umsatzpflichtig, ebenso liegt der Fall, wenn die Zahlung im alten Jahre erfolgt ist die Lieferung aber erst im neuen. Diese letztere Bestimmung findet jedoch nur auf solche Geschäfte Anwendung, bei denen die vorherige Zahlung dem Verkehr und auch sonst den Handelsgewohnheiten entspricht. Etwaige Umgehungsversuche würden nach § 50 der neuen Reichsabgabenordnung für die steuerliche Beurteilung rechtsungültig sein.

(„Rechtlich" und „tatsächlich".) Eine interessante Entscheidung traf das Schöffengericht Berlin-Mitte in der Strafsache gegen den Lederhändler Julius Reimann. Dieser hatte einen Strafbefehl erhalten, weil er die durch die Verordnung vom 8. Mai 1918 für Oberleder festgesetzten Höchstpreise überschritten haben sollte. In einem Telegramm hatte er sich an eine Schuhfabrik im linksrheinischen Gebiet mit der Anfrage gewandt, ob diese für größere Mengen Leder, zu bestimmtem Preise, der das Dreifache des Höchstpreises betrug, Käufer wäre. Dieses Telegramm war zur Kenntnis der Reichslederstelle gekommen, die die Einleitung des Strafverfahrens veranlaßt hatte. Gegen den Strafbefehl hatte er Einspruch erhoben mit der Begründung, daß im besetzten Gebiet die Höchstpreise wohl de jure (rechtlich), aber nicht de facto (tatsächlich) noch in Kraft wären, da die Beschlagnahme des Leders dort aufgehoben sei und die Behörden Höchstpreisüberschreitungen für Häute und Leder duldeten und genehmigten. Das begründe, selbst wenn in dem Telegramm überhaupt ein „Angebot" im Sinne der Höchstpreisverordnung zu erblicken sei, den guten Glauben und damit entschuldbaren Rechtsirrtum des Angeklagten. Das Gericht schloß sich dieser Ausführung an und erkannte auf Freisprechung.

In Zukunft ist, wie ein Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt bestimmt, auch bei Büro- und Geschäftsräumen zur Kündigung die Zustimmung des Mieteinigungsamtes einzuholen.

Barmen, 29. Dez. **Unter Verdacht** der Beteiligung an großen Lebensmittelschiebungen und Frachtbrieffälschungen wurde der kommunistische Rechtsanwalt Lamp-Elberfeld verhaftet.

(W) **Duisburg,** 29. Dez. **(Rhein und Ruhr im Steigen.)** Nach Auskunft der Hafenbehörde in Koblenz steigt der Rhein stündlich 5 Zentimeter. Das Ufergelände ist teilweise überschwemmt. Hier hat der Wasserstand des Rheins eine Höhe von 6,40 Meter erreicht. Die Wagengestellung an den Ruhrorter Kippern mußte infolge des dauernd steigenden Hochwassers eingestellt werden. Auch die Ruhr führt Hochwasser und ist über die Ufer getreten.

(W) **Düsseldorf,** 29. Dez. **(In der Notwehr erschossen.)** Der Kutscher Johann Wilkens wurde von einem Kriminalbeamten, der ihn wegen Treibriemendiebstahls verhaften wollte, auf der Straße erschossen. Wilkens hatte zuerst seinen Revolver auf den Beamten angelegt, der in der Notwehr jedoch mit dem Schuß zuvorkam. Ein Begleiter Wilkens entkam.

(W) **Köln,** 29. Dez. **Der Weltmeister** des Ringkampfes Heinrich Eberle ist im Alter von 46 Jahren nach längerem schwerem Leiden gestorben.

(!) **Bonn,** 29. Dez. **Die britische Besatzungsarmee** im Rheinland wird nach einer amtlichen Meldung um 75 000 Mann im Laufe des ersten Vierteljahres 1920 vermindert werden. Die Gesamtstärke der englischen Besatzungsarmee wird jedoch nicht weniger als 325 000 Mann betragen. Eine Uebernahme britischer Abschnitte im besetzten Gebiet durch die Franzosen kommt vorläufig nicht in Frage.

„" **Bonn,** 24. Dez. **Das Schwurgericht** verhandelte die beiden letzten Tage gegen vier der Räuber, die an dem Sparkassenraub in Beuel am 7. Februar, an der Beraubung der Reichsbanknebenstelle in Euskirchen am 22. März und an dem Raubüberfall auf die Reichsbanknebenstelle Opladen am 2. März beteiligt gewesen sind. Die Räuber hatten in allen drei Fällen die Beamten mit vorgehaltenem Revolver bedroht, sie mißhandelt und gefesselt. Sie hatten in Beuel 102 000 Mark, in Euskirchen 1 450 000 Mark erbeutet und waren in Opladen ohne Beute geflüchtet, weil der Bankvorstand im letzten Augenblick um Hilfe rufen konnte. Von dem geraubten Gelde ist nur etwa eine halbe Million Mark herbeigeschafft worden. Das Urteil lautete gegen den 27jährigen Gärtner Johann Jenniges aus Köln auf 12 Jahre Zuchthaus, den 41 Jahre alten Schneider Friedrich Quinker aus Attendorn auf 4½ Jahre Zuchthaus, gegen den 20 Jahre alten Schlosser Reinartz aus Aachen, der noch eine fünfjährige Gefängnisstrafe wegen räuberischer Erpressung zu verbüßen hat, auf weitere 6 Jahre Gefängnis und gegen den 20 Jahre alten Arbeiter Friedrich Weiß aus Köln auf 7 Jahre Gefängnis.

Aachen, 24. Dez. **Das Schwurgericht** verhandelte gegen den 30jährigen Studenten Friedrich Korflühr aus Bonn, der am 16. September seine Braut, die 20 Jahre alte Geschäftsgehilfin Elise Schmitz, im Aachener Stadtwald aus Eifersucht durch 75 Messerstiche getötet hatte. Der Angeklagte, der als hochgradig nervös bezeichnet wurde und ohne Ueberlegung gehandelt hatte, wurde wegen Totschlags zu der höchst zulässigen Strafe von 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

(W) **Mainz,** 29. Dez. **Urteil im Bestechungsprozeß** gegen 6 französische Offiziere der Wirtschaftsabteilung Saarbrücken-Ludwigshafen, sowie gegen 12 französische und deutsche Zivilisten sieht nach dem „Echo du Rhin" folgende Strafen vor: Hauptmann Ceffere und Leutnant Dequesne Degradation und 15 bezw. 30 Monate Gefängnis, ein Leutnant freigesprochen; ein anderer früherer Leutnant, jetzt Soldat zweiter Klasse, ein Jahr Gefängnis. Von den angeklagten Zivilisten erhielten zwei in contumaciam je 5 Jahre Gefängnis, die übrigen Zivilisten Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 2 Jahren, außerdem wurden sie zur Zahlung von Geldbußen von 1600 bis 6000 Francs verurteilt.

Weitere Verlängerung des Stahlwerkverbandes.

(W) **Berlin,** 29 Dez. Der Stahlwerkverband, der zuletzt bis Ende dieses Jahres verlängert worden war, soll nunmehr auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums um weitere zwei Monate verlängert werden. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß ein Verband zur Auflösung kommt, dessen Fortbestand im Interesse der Sicherung des Inlandbedarfes, insbesondere auf dem Gebiete der Versorgung mit Eisenbahnoberbaumaterial, noch notwendiger erscheint als eine anderweitige Regelung der Eisenwirtschaft, wie sie vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung gefordert worden ist. Die Verlängerung des Stahlwerkverbandes soll aufgehoben werden, sobald die zurzeit in Bildung begriffenen Selbstverwaltungskörper der Eisenindustrie zustande kommt.

Die Besetzung deutscher Gebiete durch Polen.

(TU) **Warschau,** 29. Dez. Hiesigen Blättern wird aus Posen gemeldet, daß die dortigen polnischen Behörden alle Maßnahmen zur Besetzung der den Polen im Friedensvertrage zugesprochenen deutschen Gebiete getroffen haben. Am 6. Januar werden die polnischen Truppen die Städte Thorn und Bentschen besetzen; die als Besatzung bestimmten Truppen sind marschbereit.

Die Pest in Ostgalizien.

(TU) **Warschau,** 29. Dez. Im Gesundheitsministerium fand ein Kongreß von Vertretern der medizinischen Fakultäten aller polnischen Universitäten statt. Mitglieder des Kongresses schilderten die katastrophale Ausbreitung der Epidemien, besonders in Ostgalizien, wo in letzter Zeit sogar 13 Fälle von Pest festgestellt worden sind.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 30. Dezbr. **Der Ortsverein der Kriegsteilnehmer Kamen,** feierte am 2. Weihnachtstage, unter reger Beteiligung der Mitglieder und deren Familien, das Weihnachtsfest. Der Vorsitzende, Kamerad Schürmann, begrüßte die Erschienenen, dann ergriff Kamerad Beller das Wort zu einer kurzen Ansprache. Im Verlaufe seiner Ausführungen gedachte der Redner derjenigen Kameraden, welche ihren Opfermut für das Vaterland mit dem Tode besiegeln mußten, und gedachte der Hinterbliebenen, welche nun ohne den Gatten und Vater das Weihnachtsfest feiern müßten. Redner brandmarkte das Verhalten der Entente, unsern kriegsgefangenen Brüdern gegenüber. Leider könne man in diesem Akt der Vergewaltigung, nicht die Verwirklichung der von der Entente mit Engelszungen gepredigten Theorie der Völkerversöhnung erblicken. Pflicht der Eltern sei es, sich unter dem Glanz des Weihnachtsbaumes das Gelöbnis aufzulegen, ihre Kinder im Sinne der Menschlichkeit und der Versöhnung zu erziehen, denn Weihnachten sei das Fest der Versöhnung. In der Hoffnung, daß recht bald unsere gefangenen Brüder wieder in unserer Mitte weilen würden, und daß Deutschland sich recht bald aus diesem wirtschaftlichen Dilemma herausarbeiten würde, schloß der Redner unter allgemeinem Beifall seine Ansprache. Kinder von Mitgliedern des Vereins führten dann ein kleines Theaterstückchen auf, welches den allgemeinen Beifall der Versammelten fand. Der Nikolaus hatte sich auch eingefunden, und für jedes Kind seine Ueberraschung mitgebracht. Nachher hielt ein fröhlicher Tanz die Mitglieder noch zusammen. Die Kameraden, die für ihre Kinder das Weihnachtsgeschenk nicht am 2 Weihnachtstage erhalten haben, werden gebeten, bis Donnerstag, dasselbe beim Kassierer Platte, Rottumerstraße 10, abzuholen. Allen Gebern an dieser Stelle herzlichen Dank für ihre Gaben.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 30. Dez. Durch Verfügung des Herrn Eisenbahnministers sollen alle die bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter, die nach dem 1. August 1914 die Beschäftigung aufgenommen haben, ohne Rücksicht auf die Kinderzahl entlassen werden. In dieser Verfügung weist der Herr Minister darauf hin, daß die zur Entlassung kommenden Arbeiter Verwendung für das Wiederaufbaugebiet in Nordfrankreich und Belgien finden können. Es ist klar, daß der übergroße Teil der zu entlassenden Arbeiter sich aus Kriegsteilnehmern zusammensetzt, die, da sie nach ihrer Rückkehr aus dem Felde arbeits- und brotlos waren, bei der Eisenbahn Beschäftigung fanden. Das ist also der Dank des Vaterlandes für die, die 4 Jahre und länger für das Vaterland ihr Bestes und Höchstes hingaben. Müssen es nun wieder gerade die Kriegsteilnehmer sein, die durch erzwungene Arbeitslosigkeit am Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens beizutragen haben? Opfer und Entbehrungen, Hunger, Elend und Leid haben doch die jahrelangen Kriegsteilnehmer mit ihren Familien, die dem größten Elend preisgegeben waren, lange genug getragen, ohne daß jetzt der Staat noch selbst zu Arbeitsentlassungen schreitet. Hier wäre es ein Feld unserer Abgeordneten, sich für diejenigen ins Werk zu setzen, die, als das Vaterland in Not stand, ihren Erwerb und ihre Familie verließen, um dem Vaterlande zu helfen, jetzt aber das Schreckgespenst des neuen Elends vor Augen sehen. Energische Worte unserer Abgeordneten an die maßgebenden Stellen wären angebracht.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Silvester, 31. Dez. Pauluskirche 8 Uhr abends: Pastor Kochs. — Lutherkirche 6 Uhr abends: Pastor Ewald. — Neujahr, 1. Jan. 1920. Pauluskirche. 10 Uhr: Pastor Philipps. — Lutherkirche. 10 Uhr: Pastor Gieseking. — Kapelle in Lerche. 10 Uhr: Pastor Kochs.

Soll Deutschland in den Völkerbund? Bernhard Guttmann, der bekannte Publizist, versucht, diese Frage in einer kleinen Studie zu beantworten, die als 9. Flugschrift der Deutschen Liga für Völkerbund bei Hans Robert Engelmann in Berlin erschienen ist. Preis 90 Pfg.). Er bejaht sie mit aller Entschiedenheit, denn die deutsche Außenpolitik der Zukunft muß mit aller Energie auf eine Revision des Friedensvertrages hinarbeiten, denn an eine Revanche sei ja für Deutschland kaum mehr zu denken. Auch derjenige, der den Ideen des wahren Völkerbundes abwartend oder ablehnend gegenübersteht, wird aus dem Studium der Schrift reichen Gewinn ziehen.

Die Schweinezucht und die Krankheit des Schweines, deren Heilung und Verhütung. Von A. v. Reneesse. 4. Aufl. Verlag von Otto Lenz in Leipzig. Preis 3 Mk., gebunden 3 Mk., ist soeben erschienen. — Das gemeinverständliche, aus der Praxis geschriebene Werkchen enthält 46 Kapitel und 15 Bilder. Nicht nur der Landwirt, sondern auch der kleine Mann wird aus den zahlreichen Abhandlungen sehr wichtige Winke zur Erhaltung eines Tierbestandes entnehmen. In kurzen, klaren Zügen ist die Stallung, Fütterung, Aufzucht, Pflege und Bekämpfung der vielen Krankheiten geschildert. Namentlich in der jetzigen teuren Zeit dürfte die wertvolle Schrift gewiß schnelle Verbreitung finden. — Möge sie zum Nutzen unseres Volkes dienen!



Heute nachmittag 4 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Enkel, der

Schüler Friedrich Tomes

im Alter von 7 Jahren und 3 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten 5131

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, den 28. Dezember 1919.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, **den 31. Dezember**, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Gottesbergstr. 3, aus statt.

Gegen Katarrhe

Emser Wasser

Eine Verlobung

zum neuen Jahre

verkündet man seinen Verwandten, Freunden und Bekannten am Besten durch eine Anzeige in der

Kamener Zeitung

die im Landkreise Hamm eine äußerst starke Verbreitung findet.

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

1. Am Mittwoch, den 31. Dezember, auf Reichsfleischkarte 125 Gr. Fleisch einschl. Wurst, auf Fleischzulagekarte 50 Gr. Fleisch. In den Gemeinden, wo die Fleischausgabe sonst Freitags ist, ist dieselbe zur gewohnten Zeit am Dienstag.

2. Auf Fettkarte 100 Gr. Fett.

3. Wegen Ausgabe von Speck folgt Bekanntmachung.

Unna, den 29. Dezember 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Der Hundezuschlag, der an den Tierhalter zu zahlen ist, beträgt für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis einschließlich 18. Januar 1920 auf den Zentner Lebendgewicht bei

Rindern, ausgenommen Kälber	Mk.	48
Kälbern	„	87
Schafen	„	54
Pferden, einschl. Fohlen, Esel, Maultieren und Maulesel	„	33

Meine Bekanntmachung vom 4. Dezember 1919 tritt hiermit außer Kraft.

Hamm, den 23. Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Körung von Zuchthengsten.

Gelegentlich der Zentralhengstekörung am 27. und 28. November ds. Js. in Warendorf sind nachstehend aufgeführte Privathengste im Landkreise Hamm für die Provinz Westfalen gekört:

I. **Arbeitsschlag:**

a) für ein Jahr angekört:

Wave, Rotschimmel, Besitzer: Gutsbesitzer Fritz Hufelschulte in Berge;

b) für drei Jahre angekört:

Regen, Fuchs, Besitzer: Gutsbesitzer Friedrich Wiemann in Lünern, Fuchs, Besitzer: Gutsbesitzer Schulte-Bausenhagen in Bausenhagen.

II. **Edelzucht:**

a) für ein Jahr angekört:

Rappe, Besitzer: Gutsbesitzer Schulte-Bausenhagen in Bausenhagen.

Hamm, den 20. Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Körung der Zuchthengste.

Der Nachkörungstermin zur Körung von Hengsten ist auf den

8. Januar, vormittags 8 Uhr

in Warendorf, auf der Tönneburg, anberaumt.

Hamm, den 20. Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum. 5123

Visitenkarten

in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststraße 10

Dienstauszeichnungskreuz, Dienstauszeichnungen (3., 2., 1. Klasse), Landwehrdienstauszeichnungen.

Dienstauszeichnungskreuz, Dienstauszeichnungen (3., 2., 1. Klasse):

a) Kriegsdienstzeit rechnet als aktive Dienstzeit. Frühere aktive Dienstzeit, Uebungszeiten und tatsächliche Dienstzeit im Kriege begründen demnach — unter Hinzurechnung zuständiger Kriegsjahre — je nach den sich hieraus ergebenden Gesamtdienstjahren den Anspruch auf die entsprechende Dienstauszeichnung (nach 9, 12, 15 Jahren) oder das Dienstauszeichnungskreuz (nach 25 Jahren). Ohne Einfluß hierbei bleiben: Dienstrang oder Dienstverhältnis (aktiv bezw. Beurlaubtenstand usw.), sowie der Besitz einer Kriegsauszeichnung (Eisernes Kreuz usw.). Ansprüche ausgeschiedener Heeresangehöriger leben wieder auf, falls diese im Kriege wieder im Heeresdienst erneut verwendet sind.

b) Auf das Dienstauszeichnungskreuz haben keinen Anspruch diejenigen Beamten, Unterbeamten und Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel abwärts des Heeres, die vor dem 16. August 1914 ausgeschieden sind und im Kriege keine Wiederverwendung fanden, weil diesen Dienstgraden erst am 16. August 1914 überhaupt der Anspruch auf das Dienstauszeichnungskreuz zuerkannt ist.

c) Zum Offizier oder Beamten mit Offizierrang beförderten Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel abwärts können die bereits vor der Beförderung erworbenen Dienstauszeichnungen nachträglich zuerkannt werden.

Landwehrdienstauszeichnungen (1., 2. Klasse):

Nach dem Grundgedanken der Stiftung erfolgt die Verleihung der Landwehrdienstauszeichnungen für besondere militärische Dienstleistungen während der Zugehörigkeit zur Landwehr im Frieden bei voller Erfüllung der vorgeschriebenen Dienstzeitbedingungen. Infolge Ausbruch des Krieges, der eine aktive Dienstbetätigung zur Folge hatte (vergl. § 19 der Wehrordnung), und des Aufhörens der allgemeinen Wehrpflicht sind demnach Ansprüche auf die Landwehrdienstauszeichnung nur insoweit begründet, als die Dienstzeit bis Kriegsbeginn 1914 erfüllt war.

Die Berechnung der Dienstzeit erfolgt ausschließlich nach den Bestimmungen für die Pensionierung, wobei nur in der Armee und Marine oder in den Schutztruppen sowie bis 11. März 1919 in der Landgendarmerie erdiente bezw. diejenige pensionsfähige Dienstzeit zu berücksichtigen ist, deren Anrechnung für Dienste in fremden Heeren oder Marinen ausdrücklich genehmigt wurde. Kriegsjahre und Auslandsaufenthalt in deutschen Diensten zählen dabei doppelt. Für die Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft sind gleichfalls die Pensionierungsvorschriften maßgebend. Sonstige — auch pensionsfähige — Dienstzeit im Reichs-, Staats- und anderen Zivildienst oder im Schutzmanns- und Polizeidienst ist bei dem Charakter der militärischen Dienstauszeichnungen nicht anrechnungsfähig; desgleichen nicht die im Heere oder in der Marine im widerruflichen Angestellten- oder Arbeitsverhältnis zugebrachte nicht pensionsfähige Zeit.

Bei Verleihung der höheren Klasse — einschließlich Dienstauszeichnungskreuz — wird die niedere Klasse der Dienstauszeichnung (auch im anderen Kontingent erworbene) abgelegt.

Neben dem Dienstauszeichnungskreuz oder der Dienstauszeichnung (3., 2., 1. Klasse) wird die Landwehrdienstauszeichnung (1., 2. Klasse) nicht verliehen.

Die Verleihung der Dienstauszeichnungen ohne Antragstellung von Amts wegen an bereits entlassene Heeresangehörige ist nicht möglich. Diese sind demzufolge gehalten, Anträge auf Verleihung selbst beim zuständigen Bezirkskommando (Versorgungsstelle) zu stellen. Erfolgt diese Antragstellung nicht bis 1. Februar 1920, unterbleibt grundsätzlich die Verleihung. Auf spätere Eingaben wird Antwort nicht erteilt. Für bis 1. August 1919 zurückgekehrte Kriegsgefangene usw. gilt der Termin 1. Febr. 1920 ebenfalls, für später zurückkehrende ist Schluß für die Einreichung der Anträge drei Monate nach Eintreffen des letzten Kriegsgefangenentransports in der Heimat.

Direkte Anträge bei den Abwickelungsämtern, Wehrkreiskommandos und Reichswehrministerium verzögern die Angelegenheit.

Versorgungsstelle Soest.

Schuppen-Verkauf Weddinghofen.

Montag, den 5. Januar 1920, nachmittags 3½ Uhr, läßt Herr Fickermann an seiner Wohnung eine 8 Meter lange und 6 Meter breite aus Fachwerk erbaute Remise resp. Schuppen auf Abbruch im einzelnen oder im ganzen meistbietend gegen bar verkaufen. 5122

Töddinghausen, den 26. Dez. 1919.

Blödum.

Der moderne

Tanz-Kursus



(neueste Lehr-Methode vom Menuett bis zum Tango)

beginnt am Mittwoch, den 7. Januar 1920, im Lokale des Herrn Wirts Schnepper in Bergkamen, am Nordberg.

Anmeldungen zum Unterricht für Kinder und Erwachsene werden schon jetzt von mir entgegengenommen.

Allen meinen Schülerinnen und Schülern sowie Damen und Herren der früheren Kurse wünsche ich ein geseguetes neues Jahr.

Erika Bode, Tanzlehrerin,
5116 Bergkamen, Kaiserstr. 151.

Silvesterball! Silvesterball!

Am **Silvesterabend** findet im Saale des Herrn H. Nagel (Westentor)

Großer Silvester-Ball

verbunden mit

närrischer Sitzung

statt. Außerdem Auftreten des **Rattenfänger von Hameln** mit **60 dressierten Ratten. Gustel Müller**, der Mann mit den 100 Köpfen. **Werner und Loni**, das kleinste Musik- und Gesangs-Duett. Außerdem **Gustav Patzelt**, der beliebte Komiker.

Jubel und Trubel in allen Ecken.

Anfang 6 Uhr. **Einlaß 5 Uhr.**

Nachmittags 3½ Uhr

Kinder-Vorstellung.

Wer einmal lachen will, der komme zu Nagel. **Also auf zum Wirt Nagel.**

5120 **Die Direktion.**

Karten zu haben beim Wirt H. Nagel.

Achtung! Achtung!

Der deutsche Bauarbeiterverband

Zahlstelle Kamen

feiert **am Silvesterabend, Anfang 6 Uhr,** im Lokale des Wirts Herrn Debus:

Großen Ball,

wozu freundlichst einladet

5121 **D. V.**

Knappen-Verein „Glück Auf Hohenzollern"

Weddinghofen

feiert **am 1. Januar 1920** im Lokale des Herrn Karl Dickmann, Weddinghofen ein

Kränzchen

durch

Theater und Ball.

Anfang 3 Uhr nachmittags.

Eintritt für Herren 2.00 Mk.
Damen 1.00 Mk.

5123 **Der Vorstand.**

Neujahrs-Glückwunsch-Karten

mit Namen-Aufdruck
liefert in allen Ausführungen

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Schützenhof Kamen.

Donnerstag (Neujahr), den 1. Januar, Anfang 7½ Uhr:

Gastspiel des Stadttheaters Unna.

Die erfolgreiche Operetten-Neuheit:

Bachstelzchen.

Vorverkauf im Schützenhof und Verkehrsbüro. 5128

Der Theater-Verein

„Heideblümchen"

zu Overberge

veranstaltet am Silvesterabend im Lokale des Wirts Heinrich Schmülling ein

Winterkränzchen

bestehend in

Konzert, Theater und Ball.

Anfang 6 Uhr.

Einen genußreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein:

Der Vorstand.

5134

Der Knappen-Verein „Gute Hoffnung"

veranstaltet am Neujahrstage in den Lokalitäten des Wirts H. Nagel, Westentor, einen

Ball-Abend.

Anfang 5 Uhr. **Anfang 5 Uhr.**

Flotte Tanzmusik. Spiegelglatter Saal.

Hierzu ladet freundlichst ein

5130 **Der Vorstand.**

Karl Prümers Werke

in plattdeutscher Mundart

empfiehlt:

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Zu Ostern ein ordentlicher

Bäcker-Lehrling

gesucht. 5127

W. Drücke,
Königsborn.

Mädchen

von 14—16 Jahren für sofort gesucht. 5109

Wilh. Lindemann
Overberge.

---

3 Monate altes

Schwein und 2 schwere Gänse

zu verkaufen. 5114

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Fast neuer 5132

Sitz-Liegewagen

und neuer

Gehrock-Anzug

aus reinem Tuchstoff Friedensware, mit seidenem Kragen, für 1,75 Meter gr. schl. Fig. zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Stadttheater Unna.

Mittwoch (Silvester), Anfang 7 Uhr:

Die erfolgreiche Neuheit

„Wenn Mütter schwindeln"

Operette. 5129

Glückauf im neuen Jahr!

Große Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung des Münsters in Ueberlingen a. B

Ziehung

bestimmt am 15. u. 16. Januar 1920. Genehmigt in Baden, Bayern, Württemberg, Hessen, Hamburg, Sachsen u. Preussen

Gewinnkapital **155000** M.

Hauptgewinne: **50000** „ **20000** „ **10000** „ **5000** „ usw.

bar ohne Abzug.

Originallose versende in jeder Anzahl zum Preise von Mk. **3.—** gegen Voreinsendung oder gegen Nachnahme. Porto u. Liste **45** Pfg. mehr. Sofort Best. erb.

Hauptlose-Verlag Wilh. Matthews Hamburg 28

Den gefundenen

weißen Muff

5126

am Ausgang der Kindergottesdienstfeier bitte geg. Belohnung **Jahnstraße 5**, abzugeben.